

Manfred Kock, Präses i. R.

## **Der Israel-Palästina-Konflikt und das Schweigen der Kirche!?**

Beitrag zum Abschlusspodium der Reihe in der Evangelischen Stadtakademie Bochum  
am 12. 4. 2016

### **1. Was ist eine angemessene Reaktion der Kirchen auf die zunehmende Bedrängnis der Palästinenser? - Was können / müssen wir Christen sagen und tun?**

Die Kirchen müssen zeigen, dass sie mit bedrohten Menschen in Israel und mit den leidenden Menschen in Bethlehem und Palästina verbunden sind. Es darf nicht gleichgültig sein, was da geschieht. Unrecht ist zu benennen. Um hörende Herzen ist zu beten, Fürbitten gehören in die Pflicht der evangelischen Gemeinden.

Dass die Kirche schweige, kann ich nicht mehr vorwerfen. Ein wichtiges Zeichen gegenüber den palästinensischen Christen haben EMOK und Kirchenkonferenz der EKD gegeben mit ihrer Stellungnahme zu Kairos Palästina von 2010/2011. Diese Stellungnahme nimmt das Anliegen von Kairos auf: **Jetzt ist es Zeit zu handeln.**

Und sie stellt Fragen, die als dialogwürdig gemeint sind.

- Braucht die Einschätzung der Gründe für Terrorismus nicht differenziertere Aussagen?
- Müsste die Einstellung zu „Märtyrern“ sich deutlicher abgrenzen von Selbstmordattentätern?
- Boykott – Welche anderen gewaltlosen Maßnahmen sind vorstellbar?
- Der Vergleich mit dem Kampf gegen Apartheid in SA wird von EMOK nicht geteilt. Ob das jetzt nicht doch auch anders beurteilt werden kann?

Die EKD hat 2012 eine Orientierungshilfe herausgegeben, in der die Diskussion über Land und Staat Israel aufgezeigt ist. Die Ev Kirche im Rheinland hat einige Tagungen veranstaltet, an ihnen hat u. a. Bischof Younan teilgenommen. Sie hat auf ihrer letzten Synode einen sehr deutlichen Auftrag beschlossen, wie die Solidarität mit dem palästinensischen Volk deutlicher werden kann.

Immer wieder müssen Kirchen hören, was der frühere Bürgermeister von Bethlehem, Dr. Batareseh bei einer Rede in Köln gesagt hat: *„Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, uns in unserem Streben nach Frieden zu unterstützen. Wir glauben, dass der Friede die einzige Lösung ist, dem lang anhaltenden israelisch – palästinensischen Konflikt und dem Kreislauf von Gewalt und Blutvergießen in unserer Region ein Ende zu setzen, ein Friede, welcher auf Gerechtigkeit basiert und die Rechte der anderen anerkennt. Wir verurteilen das Töten von Menschen auf beiden Seiten“.*

### **2. Was bedeutet Gerechtigkeit in diesem Konflikt?**

In Bethlehem breiten sich Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit aus. Soeben sehen wir Bilder eines Mauerbaus, das das Kloster Cremisan von Beit Jala abschneidet. Die müßlichen Begründungen mit der Sicherheit Israels sind nicht plausibel.

Angesichts der neuen Gewalteskalation wird eine dritte Intifada befürchtet. Jede Seite beschuldigt die andere, für die Eskalation verantwortlich zu sein: Hamas und Netanjahu, sie schieben es sich gegenseitig in die Schuhe. Ich benutze das Bild von den Kindern im Sand-

kasten. Jedes Kind sagt beim Streit, der andere hat angefangen. Denn das ist allen klar: Der Konflikt hat nicht erst jetzt begonnen. – Aber wer hat angefangen?

Die antizionistische Linke in Europa hält den Zionismus des 19. Jahrhunderts für den Ursprung des Übels. Und die Uno-Entscheidung für die Bildung des Staates Israel sei der Anfang der palästinensischen Tragödie.

Die israelische Rechte behauptet, so etwas wie eine Bevölkerungsgruppe, die sich als «das palästinensische Volk» bezeichnet, habe erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts existiert. Und damit schotten sich diese Leute gegen das Jahrzehnte lange Leiden der palästinensischen Menschen ab.

Die israelische Linke hält die Besetzung Transjordanien und des Gazastreifens im Jahr 1967 für den Ursprungsfehler. Aber die Linke ist in Israel zurzeit ziemlich einflusslos.

Viele Beobachter schieben die Schuld auf den unaufhörlichen Siedlungsbau im Westjordanland. Und es gibt in Israel viele, die schon lange von Judäa und Samaria sprechen, wenn sie die besetzte Westbank meinen. Viele der Religiösen unter ihnen berufen sich auf die Landverheißungen der Heiligen Schrift. Sie nehmen sich das Recht, das besetzte Land zu annektieren.

Andere beschuldigen den Islamismus der Hardliner unter der Hamas mit ihren Raketen und Terrorangriffen als den eigentlichen Störfaktor.

All diesen Einschätzungen **mag partiell** Richtiges innewohnen. Aber wer an einer einzigen dieser Begründungen festhält, ohne die anderen zur Kenntnis zu nehmen, weiß über den Konflikt nicht wirklich Bescheid. Denn helfen tut es nicht, mit dem einen Argument auf andere zu zeigen, um die eigenen Anteile zu kaschieren. Und das Ergebnis ist die Eskalation des Leides.

Angesichts der stets wachsenden Zahl der jüdischen Siedlungen scheint die Bildung eines lebensfähigen Palästina kaum noch möglich. Die Zweistaatenlösung zu verfolgen ist aber noch wichtig, weil dadurch der völkerrechtliche Anspruch der Palästinenser wachgehalten wird.

Hoffnung ist ein rares Gut. Mitri Raheb, der lutherische Pastor aus Bethlehem kleidet seine Hoffnung in diese Botschaft: „Als Christen leben wir aus Hoffnung und in Hoffnung und auf Hoffnung hin. Das ist nichts Theoretisches. Die Zukunft wird nicht einfach von allein kommen. Wir müssen sehr hart dafür arbeiten, damit sie entsteht. Wir versuchen viel an Infrastruktur aufzubauen. Wenn ich erlebe, dass junge christliche Palästinenser ihr Dasein in den USA aufgeben und hier hin zurückkommen, dann macht mir das Mut. Wenn ich die Kinder und die Jugendlichen sehe, die im Kulturzentrum ihre Talente entdecken und entfalten, dann gibt mir das immer wieder Hoffnung. ... Die einzige Alternative, die wir haben ist: heute in den Garten gehen und Olivenbäume pflanzen. Heute, nicht morgen. Denn morgen ist zu spät. Alles was wir machen, ist Olivenbäume pflanzen“.

### **3. Die Landeskirchen haben die bleibende Erwählung Israels in ihre Grundordnungen aufgenommen. Wie verhalten sich diese theologischen Aussagen zur realen Situation zwischen Israelis und Palästinensern?**

Unsere Evangelische Kirche im Rheinland hat mit ihrer Synodal-Erklärung „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ von 1980 „die Mitverantwortung und Schuld der Christenheit in Deutschland am Holocaust“ bekannt<sup>1</sup>. Nach einem jahrelangen breiten Diskussionsprozess hat sie 1996 mit einem Absatz im Grundartikel ihrer Kirchenordnung bezeugt, dass sie sich in der Hoffnung „auf einen neuen Himmel und eine neue Erde“ mit Israel verbunden weiß. Mit der Verankerung im Grundartikel ist denjenigen, die behaupten, es handele sich bei der Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden um ein Nischenthema, endgültig der Boden entzogen.

Die Anerkennung der unverlierbaren Eigenheit Israels in der Geschichte Gottes mit der Welt und in der Weltgeschichte ist für die evangelische Kirche wichtig. Den Menschen in Palästina müssen wir deutlich machen, dass wir nicht das biblische Volk Israel mit dem heutigen Staat Israel gleichsetzen. Wir müssen uns abgrenzen von jenen, die in Palästina die messianisch-eschatologische Linie verkünden.

Mit den Forschungen über die Anteile der christlichen Überlieferung am Entstehen und an den Zuspitzungen des Antisemitismus bis hin zum Holocaust ist eine Bußbewegung in Gang gekommen, die heute ein wichtiges Bollwerk gegen das Wiedererstarken des Antisemitismus ist. Marc Ellis, der amerikanische liberale Rabbiner, versteht nicht, was hier mit Bußbewegung gemeint ist. Wegen der Sünde des christlichen Antisemitismus, der zum Holocaust geführt habe, behauptet Ellis, gäbe es einen „Deal“ zwischen Juden und Christen. Beide stünden heute in „zärtlicher Umarmung“ in einer Einheitsfront, die jede Kritik an Israels Politik als „Wiederauferstehen des Antisemitismus interpretiert“.<sup>2</sup> Dass es einen förmlichen Deal gibt, glaube ich nicht. Aber faktisch gibt es viele Juden und Christen, jede Israelkritik so interpretieren.

Thema, das nach dem Beschluss der Rheinischen Synode umstritten blieb, ist die „Einsicht, dass die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind.“<sup>3</sup>

Umstritten war dabei nicht die völkerrechtliche Legitimität des Staates Israel. Es war vielmehr die Furcht, mit einer Verallgemeinerung dieser Aussage im Synodalbeschluss könnte allerlei Staatlichkeit dem Gottesgnadentum zugeordnet werden. Hier ist aber nichts zu verallgemeinern. Peter Beier, mein Vorgänger im Amt des rheinischen Präses, hat den Satz so interpretiert: „Die Synode hat hier ihr ehrfürchtiges Staunen darüber ausgedrückt, dass trotz des frevelhaften Versuches unseres Volkes, den Augapfel Gottes nicht nur anzutasten, sondern auszureißen, das jüdische Volk lebt.“<sup>4</sup>

Wie der Satz von der Rückkehr von Teilen des Volkes in das Land als Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk zu verstehen ist, wird durch die Interpretation von Albert H. Friedländer deutlich: „Es gilt zu begreifen, daß die Juden nicht nur in der Bibel, sondern auch heute leben und daß es keinen wirklichen Dialog zwischen Juden und Christen geben kann, wenn der Staat Israel aus dem Gespräch ausgeklammert wird. Natürlich kann und muss man

---

<sup>1</sup> Synodalbeschluss „Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden“ vom 11.01.1980 (zitiert nach: R. Rendtorff/H.H. Henrix, Hg., Die Kirchen und das Judentum. Dokumente von 1945-1985, Paderborn/München 1988, 593 ff..)

<sup>2</sup> Holocaust, konstantinischer Judentum und ökumenischer Deal, Vortrag ein der Evangelischen Akademie Bad Boll, 10.-12.12.2003,

<sup>3</sup> R. Rendtorff / H.H. Henrix, Dokumente ( s. oben Anm. 2) 594

<sup>4</sup> P. Beier, Das Verhältnis von Christen und Juden auf dem Hintergrund der Diskussion in der rheinischen Kirche, Gastvorlesung in Prag 1992, in: ders., Übergänge. Predigten und Reden hg. von C. Bartsch, Düsseldorf 1999, 130

Kritik üben, aber die existenzielle Wahrheit, daß Juden und Judentum in Verbindung mit diesem Staat stehen und ohne diese Verbindung nicht verstanden werden können, wurde durch die Erklärung von 1980 in das Zentrum christlichen Denkens gerückt<sup>5</sup>.

„Hier hat die Synode sehr viel gewagt“, hatte P. Beier in der genannten Vorlesung gesagt. Die Synode hat jedoch den Staat als eine politische Realität nicht religiös überhöhen wollen. Vor allem dürfen über die von den Vereinten Nationen gezogenen Grenzen hinaus keine Landansprüche mit biblischen Landverheißungen legitimiert werden, wie das von einigen religiösen Gruppen, jüdischen und christlichen, offensichtlich versucht wird.

Soweit territoriale Ansprüche und ihre Bestreitung religiös untermauert werden, bleibt kaum Raum für pragmatischen Ausgleich und vernünftigen Kompromiss, vor allem, wenn eine Seite mit der Ideologie des Heiligen Krieges die Mordtaten begründet und die Selbstmordattentäter zu Märtyrern stilisiert. Darum ist der kritische Umgang mit Religion eine unaufgebbare Forderung.

Gleichermaßen ist es erlaubt, eine bestimmte Politik zu kritisieren, auch die Politik der derzeitigen israelischen Regierung. Kritik ist nicht schon an sich antisemitisch. Doch sie muss sachgerecht sein. Sie muss berücksichtigen, dass das Recht Israels auf einen eigenen Staat immer wieder bestritten wird. Dagegen und gegen sinnlose Attentate darf sich der Staat zur Wehr setzen.

Man kann die Formen, in denen das geschieht, kritisieren, aber nicht den Grundsatz. Vor allem dürfen Kritiker in ihrer Terminologie dem Antisemitismus keine neue Nahrung geben. Das geschieht, wenn sich diese Kritik gegen die Juden insgesamt richtet oder wenn das Verhalten der gegenwärtigen Regierung als typisch jüdisch diffamiert wird oder das politische Verhalten der israelischen Regierung als Ursache für das Anwachsen von Antisemitismus bezeichnet wird.

---

<sup>5</sup> A. Friedländer, Die Erklärung der Rheinischen Landessynode 1980 und ein Rabbiner. Mülheim 1990 (zitiert nach: Handreichung Nr. 45, Kirche und Israel. Zur Erneuerung des Verhältnisses von Christen und Juden. Proponendum zur Änderung des Grundartikels der Kirchenordnung, Düsseldorf, 1993, 54